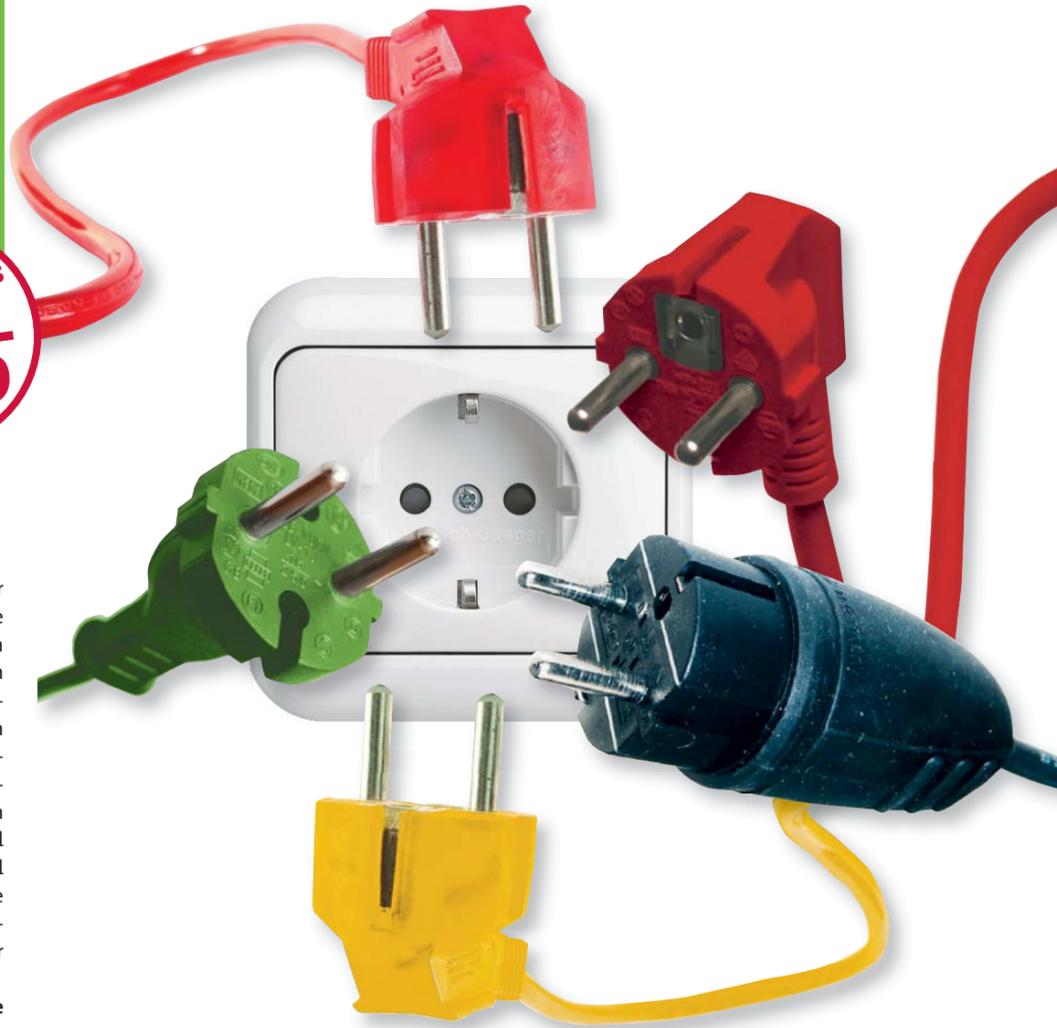


KLIMA EXPRESS

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Friends of the Earth Germany

Energie-Wahl 2009

Erneuerbarer Strom oder Kohle und Atom?



Bundestags
WAHL
2009

Renaissance einer Bewegung

Atomkraft? Nicht schon wieder!

■ In diesem Jahr steht eine zentrale Richtungsentscheidung an: Geht es endlich los mit dem Atomausstieg oder können die Stromkonzerne längere Laufzeiten für ihre alten und gefährlichen Atomkraftwerke (AKW) durchsetzen? Zum Glück ist auch die Anti-Atom-Bewegung wieder da. Im letzten Herbst gab es in Gorleben die größte Demonstration seit Jahren, im Februar umzingelten 2.000 Menschen erfolgreich das Atomforum in Berlin. 20.000 Menschen bildeten im März eine eindrucksvolle Lichterkette gegen das marode Versuchsendlager in der Asse. Starke Demonstrationen und Aktionen fanden im April bei den AKW Krümmel und Neckarwestheim statt. Die

Anti-Atom-Bewegung ist wieder da. Und das war erst der Anfang. Im September rollt eine Woche lang der Anti-Atom-Treck aus dem Wendland nach Berlin. Über 200 Traktoren werden in der Hauptstadt erwartet. Dort sollen sie am 5. September von vielen Tausend Menschen begrüßt werden. Wir wollen mit dieser Großdemo ein starkes Signal gegen AKW-Laufzeitverlängerungen und für die Energiewende setzen. Es wird entscheidend von uns abhängen, ob sich die Atom-Parteien bei der Bundestagswahl durchsetzen und wie sich die Parteien nach der Wahl zur Atomenergie verhalten. Seien Sie dabei!

Infos Großdemo 5. September: s. Rückseite



Neue Kohlekraftwerke und längere AKW-Laufzeiten blockieren erneuerbare Energien

Klimaschutz? Ja bitte, und zwar sofort

Von Thorben Becker

■ Aktiver Klimaschutz setzt voraus, dass wir unsere CO₂-Emissionen in den nächsten Jahren drastisch reduzieren. Dazu müssen wir endlich den Energieverbrauch deutlich reduzieren. Passiert ist bisher aber fast nichts. Hier muss die nächste Bundesregierung endlich aktiv werden. Die Zukunft der Energieversorgung muss den erneuerbaren Energien gehören. Ihr Ausbau kommt

gut voran: Aktuell wird Deutschland bereits zu 15 Prozent mit Strom aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme versorgt. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen es 2020 bereits über 30 Prozent sein, und die Branche der erneuerbaren Energien selbst will bis dahin sogar schon 47 Prozent der Stromversorgung sicherstellen. Diese guten Nachrichten sind schlechte für die vier großen Stromkonzerne in Deutschland. Sie grün-

den ihre Macht auf große, zentrale Atom- und Kohlekraftwerke. Deshalb setzen sie auf längere Laufzeiten für ihre alten gefährlichen AKW und auf neue klimaschädliche Kohlekraftwerke. Die aber sind technisch und wirtschaftlich darauf angewiesen, rund um die Uhr Volllast zu fahren. Damit passen sie nicht zu den Erneuerbaren, die flexible Regelkraftwerke benötigen. Wozu dieser Konflikt führt, zeigt das Beispiel Großbritannien: Eon und EDF haben von der britischen Regierung gefordert, das Ausbaziel für erneuerbare Energien drastisch zu reduzieren, sonst würden sie nicht in neue Kraftwerke investieren. Ein solcher Zielkonflikt droht auch in Deutschland. Deshalb: Wer Klimaschutz und erneuerbare Energien will, muss Laufzeitverlängerungen für die AKW verhindern und gegen neue Kohlekraftwerke aktiv werden.

Endspiel um die Atomkraft

In den vier Jahren schwarz-roter Regierung ist nicht ein einziges deutsches Atomkraftwerk vom Netz gegangen. Denn die Stromkonzerne investieren in Laufzeitverlängerungen. Sie lassen ihre alten AKW für viele Monate vom Netz und nehmen Millionenverluste in Kauf. Sie hoffen auf längere Laufzeiten für ihre alten Atommeiler nach den Bundestagswahlen und damit auf noch höhere Gewinne. Wenn der Atomausstieg allerdings wie geplant fortgesetzt wird, müssen in der nächsten Regierungszeit sieben AKW vom Netz genommen werden. Die zentrale Frage ist: Geht es endlich los mit dem Atomausstieg oder sollen die alten und gefährlichen AKW noch lange Jahre weiterlaufen? Die Risiken der Atomenergie scheinen vergessen oder werden verdrängt.

Kohlekraftwerke sind von gestern

Fast 30 neue Kohlekraftwerke sollen in den nächsten Jahren in Deutschland gebaut werden. Es gibt keine klimaschädlichere Art der Stromerzeugung als die Verbrennung von Kohle. Zum Vergleich: Braun- und Steinkohlekraftwerke sind mehr als doppelt so klimaschädlich wie moderne Gaskraftwerke. Kohlekraftwerke mit ihren hohen Investitionskosten sind auf eine sehr lange Nutzungsdauer von über vierzig Jahren ausgelegt. Wenn jetzt neue Kohlekraftwerke gebaut werden, legen sie einen hohen Sockel klimaschädlicher Emissionen für Jahrzehnte fest.

Umwelt. Zukunft. Wählen!

Öffentliche politische Diskussion und Medienwelt werden derzeit von der Wirtschaftskrise beherrscht, Umweltthemen an den Rand gedrängt. Der Klimawandel aber pausiert nicht bis die Wirtschaft wieder floriert. Und was tut die Bundesregierung? Sie vergibt ohne Umweltauflagen 80 Milliarden Euro Konjunkturlieferungen und fördert falsches Geldausgeben. Ex und hopp werden Millionen Autos abgewrackt, es soll konsumiert werden, als gäbe es keine schwindenden Ölreserven, keine zunehmenden Wetterextreme und keine schmelzenden Gletscher.

Doch Wirtschafts-, Ressourcen- und Klimakrise können nur gemeinsam bewältigt werden. Denn unterlassener Klimaschutz kommt uns künftig teuer zu stehen: jährlich bis zu einem Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung. Schon heute steigen die Schadenssummen bei Naturkatastrophen. Steigend erhöhen sich auch die Preise für Rohstoffe wie Öl und Gas. Wirksamer Klimaschutz wäre eine Investition in langfristigen Wohlstand. 1,8 Millionen Menschen arbeiten bereits in Umweltschutzbranchen. Allein bei den erneuerbaren Energien sind bis jetzt 280.000 neue Jobs entstanden, Tendenz steigend. Die gesamte Wirtschaft muss energie- und ressourceneffizienter und somit wettbewerbsfähiger werden. Das sichert Arbeitsplätze auf Dauer. Aber bisher obsiegt kurzfristiges Profit- und Wachstumsdenken. Was zum Beispiel geschieht mit der Automobilindustrie, wenn sich der Einbruch nach dem Abwracken noch verschärft?

Immerhin: Die Krise hat vielen Menschen klargemacht, dass wir mit einem „weiter so“ keine Zukunft haben. Ende März sind über 40.000 Menschen in Berlin und Frankfurt auf die Straße gegangen mit der Botschaft „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“. Weitere Proteste sind angekündigt. Darin besteht die Chance der Krise: Wir brauchen neue, zukunftsfähige Ideen und Konzepte. Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die für ein Umdenken eintreten. Prüfen Sie im BUND-Online-KandidatInnencheck (s. Rückseite), wie sich Ihre Abgeordnete, Ihr Abgeordneter eine zukunftsfähige Energieversorgung vorstellt. Sie haben die Wahl.

Ihr Prof. Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender



Verschobener Ausstieg

Verlängerte Rest- Laufzeiten für AKW?

Die Stromkonzerne haben vier Atomkraftwerke durch lange Stillstandszeiten in die nächste Legislaturperiode gerettet. Wenn der Atomausstieg endlich umgesetzt wird, müssen in den nächsten vier Jahren sieben AKW vom Netz genommen werden.

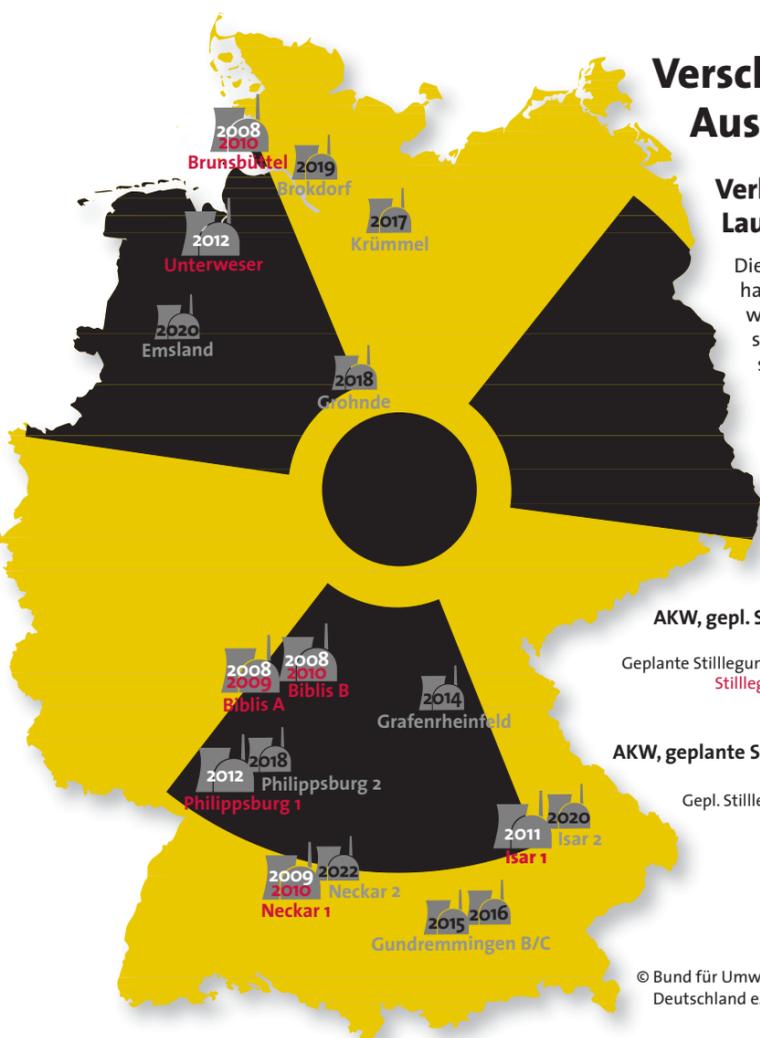
AKW, gepl. Stilllegung vor Wahl 2013

Geplante Stilllegung laut Atomkonsens
Stilllegung verschoben auf



AKW, geplante Stilllegung nach Wahl 2013

Gepl. Stilllegung lt. Atomkonsens



Viel Asche für die Asse

Endlagerproblem bleibt ungelöst



Das Versuchsendlager Asse 2 ist dramatisch gescheitert. Und das, obwohl Wissenschaftler und Behörden eine Langzeitsicherheit zugesichert hatten.

Das macht deutlich, wie schwierig es ist, ein sicheres Endlager für den strahlenden Atom Müll zu finden. Eigentlich sollte hier gezeigt werden, dass die Einlagerung von Atom Müll im Salz funktioniert.

Von 1967 bis 1978 wurden im Schacht 2 des Salzbergwerkes Asse bei Wolfenbüttel 126.000 Fässer mittel- und schwach radioaktiver Atom Müll eingelagert. Seit 1988 ist bekannt, dass täglich etwa 12.000 Liter Grundwasser aus dem Deckgebirge in das Grubengebäude eindringen. Das Bergwerk mit dem Atom Müll droht abzusaufen. Dringt die Salzlösung in die Einlagerungskammern, dann kann eine radioaktive Verseuchung des Grundwassers langfristig nicht verhindert werden. Mensch und Umwelt sind durch die in der Asse lagernden atomaren Abfälle bedroht. Das Scheitern der Asse verstärkt auch die Zweifel an der Eignung des Gorlebener Salzstocks als Endlager. Denn auch hier geht es um die Einlagerung in Salz – und auch hier drohen Wasserzuflüsse.

Die Asse zeigt derzeit auch deutlich, wer im Zweifel für die Kosten der Atom Mülllagerung und deren Probleme zahlen muss: der Steuerzahler. Etwa 40 Prozent der in der Asse gelagerten Atomabfälle stammen aus der Industrie. Sie stellen etwa 70 Prozent des radioaktiven Inventars dar. Die vier Stromkonzerne EnBW, Eon, Vattenfall und RWE weigern sich dennoch, einen Teil der 2,5 Milliarden Euro teuren Sanierung der Asse zu zahlen. Die Politik traut sich nicht, sie zur Übernahme der Kosten zu zwingen.

Der BUND fordert: Die Stromkonzerne müssen für die Sanierung der Asse zahlen. Sie haben dort Atom Müll eingelagert und das Lager diente ihnen als Entsorgungsnachweis. Deshalb darf der Sanierungsfall Asse nicht allein von den Steuerzahlern finanziert werden.

Renate Backhaus, BUND-Atomexpertin



Atom Müll-Einlagerung im ehemaligen Salzbergwerk Asse in Niedersachsen

Klimaexpress-Interview mit Jakob von Uexküll

„Es braucht nur den nötigen Willen!“

Jakob von Uexküll, geboren in Schweden, lebt in London und leitet den 2007 in Hamburg gegründeten Weltzukunftsrat (World Future Council, WFC), der sich unter anderem der globalen Propagierung erneuerbarer Energien verschrieben hat. Außerdem ist er Gründer des „Alternativen Nobelpreises“ und Schirmherr von Friends of the Earth International (FoE). Es fragte ihn Rüdiger Rosenthal vom BUND: Herr von Uexküll, die AKW-Betreiber sprechen von einer „Renaissance der Atomenergie“ ...

Uexküll: ... diese Renaissance gibt es nicht. In den nächsten Jahren werden aus Altersgründen mehr AKW abgeschaltet als neue gebaut werden.

BUND: Sollte die Atomenergie künftig noch Teil des weltweiten Strommixes sein?

Uexküll: Nein. Sie ist erstens zu gefährlich, außerdem viel zu teuer und der Atomindustrie kann

nicht vertraut werden – siehe den Skandal um das Atomendlager Asse. Außerdem zeigen die begrenzten Vorräte an hochwertigem Uran und die Kühlwasser-Engpässe – im extrem heißen Sommer 2003 mussten deswegen mehrfach AKW abgeschaltet werden –, dass der Glaube an das Potenzial der Atomkraft eine unrealistische Träumerei ist.

BUND: Brauchen wir die Atomenergie, um die globalen Klimaschutzziele zu erreichen?

Uexküll: Nein. Beim Bau der AKW und bei der Entsorgung der Abfälle entsteht auch CO₂. Natürlich weniger als zum Beispiel bei Kohlekraftwerken. Aber die erneuerbaren Energien können beide ersetzen. Dazu müssen wir lediglich ein 15.000-stel der täglichen Sonneneinstrahlung technisch nutzbar machen. Warum arbeiten unsere Energieunternehmen nicht daran, statt ihren veralteten Atom-Phantasien nachzuhängen?

BUND: Wie stellen Sie sich die zukünftige Energieversorgung in Deutschland vor?

Uexküll: Al Gore hat gesagt, innerhalb von zehn Jahren wäre die Deckung des gesamten Energiebedarfs in den USA durch erneuerbare Energien erreichbar. Warum sollte das nicht auch in Deutschland möglich sein? Dazu braucht es nur den nötigen Willen!



Jakob von Uexküll ist u. a. Gründer des World Future Council

„Den kompletten Ausstieg aus der Kernenergie können wir uns nicht leisten.“

Katherina Reiche, CDU/CSU-Vize-Fraktionschefin

Kanzlerin Merkel hält längere AKW-Laufzeiten für erforderlich und bekennt sich zur Atombranche. Mit einem neuen Koalitionspartner will sie Laufzeitverlängerungen vereinbaren. Sie hält neue Kohlekraftwerke für notwendig und legt schon mal medienwirksam den Grundstein für einen RWE-Kohlemeiler.



„Wir können bis auf Weiteres nicht auf den Einsatz der Kohle für die Stromerzeugung verzichten.“

SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel in einer Regierungserklärung

Die SPD will den „deutschen Steinkohlebergbau“ retten (Zitat aus dem Wahlprogramm) und sein Auslaufen verhindern. Längere AKW-Laufzeiten lehnt die SPD ab.



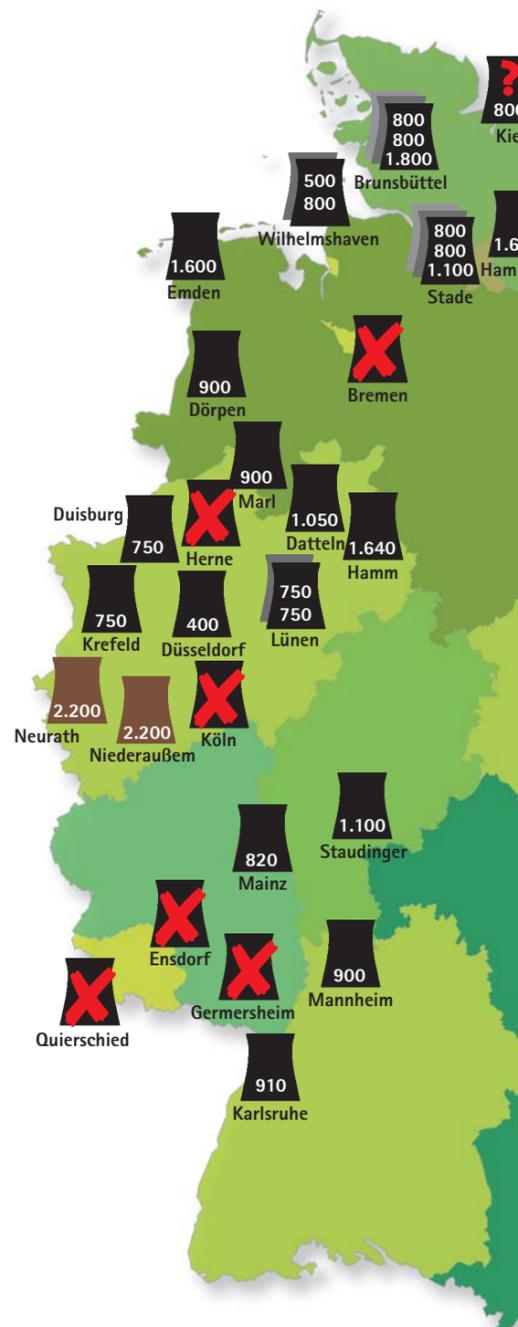
„Kein Wackeln beim Atomausstieg, kein Neubau von Kohlekraftwerken!“

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast in der „Berliner Zeitung“ zu den energiepolitischen Positionen ihrer Partei

Die Grünen lehnen AKW und Laufzeitverlängerungen ab und streben eine kohlenstoffarme Energieversorgung an. In Hamburg haben sie aus Koalitionsgründen dem Bau des Kohlekraftwerks Moorburg zugestimmt.



Geplante neue Kohle



Mehr Informationen zu den Standorten und Adressen unter www.bund.net/klimaschutz

AKW-Laufzeitverlängerungen sind gefährlich

Alte Meiler, höheres Risiko

Von Thorben Becker

Die Risiken der Atomkraft verschärfen sich, wenn ausgerechnet die ältesten und unsichersten AKW länger laufen sollen: Alterungseffekte und Materialermüdung kommen als weitere Störungsursache hinzu. Die geplanten Laufzeitverlängerungen betreffen AKW wie Brunsbüttel oder Biblis A, die ihre Unsicherheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt haben.

Brunsbüttel ist der älteste noch laufende Siedewasserreaktor in Deutschland und zugleich einer der gefährlichsten: Sein Sicherheitsbehälter ist besonders klein und dünnwandig, er kann bei größeren Störfällen besonders leicht platzen und würde bei einer Kernschmelze innerhalb von Minuten durchschmelzen. Konstruktionsbedingt lassen sich Materialermüdungen nur eingeschränkt überprüfen. Schwächer ausgelegt als bei anderen Reaktoren sind auch der Reaktordruckbehälter, das Notkühlsystem sowie die Notstromversorgung. Das Atomkraftwerk Biblis A hat bereits mehrere Störfälle hinter sich. Besonders riskant ist, dass die sogenannte unabhängige Notstandswarte fehlt. Sie soll bei schweren äußeren Einwirkungen wie beispielsweise einem Erdbeben unter anderem den Reaktor sicher herunterfahren.

Gerade ältere Atomkraftwerke sind besonders anfällig bei Flugzeugabstürzen oder Terroranschlägen. Die 60 Zentimeter dicken Stahlbetonwände

der Reaktorblöcke Biblis A, Brunsbüttel und Philippsburg 1 würden maximal dem Absturz eines Sportflugzeugs standhalten.

Anfällig für Gefahren von außen

Aber auch die anderen Atomkraftwerke sind gegen Terrorangriffe nicht ausreichend geschützt. Einige sollen immerhin den Aufprall eines unbewaffneten Starfighters überstehen, die zehn neuesten auch den eines Phantom-Jägers. Doch laut der Gesellschaft für Reaktorsicherheit hält kein deutsches AKW dem Absturz eines größeren Verkehrsflugzeugs stand. Würde ein Terror-Jet die Reaktorhülle durchschlagen und dabei Sicherheitssysteme und Kühlkreislauf beschädigen, käme es zur Kernschmelze.

Längere Laufzeiten bedeuten noch mehr Atom Müll: Schon jetzt gibt es in Deutschland 6.000 Tonnen hochgefährliche Atomabfälle in Form von bestrahlten Brennelementen. Bis zur Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im Jahr 2022 werden noch rund 4.800 Tonnen anfallen. Bei einer Laufzeitverlängerung kämen mit jedem Betriebsjahr 450 Tonnen hinzu. Eine Verlängerung der Laufzeiten um zehn Jahre bedeutet: Gegenüber der Abschaltung des letzten Atomkraftwerkes im Jahr 2022 würden anstatt 10.800 Tonnen insgesamt 15.300 Tonnen Atom Müll anfallen – fast 50 Prozent mehr.

Energieversorgung gefährdet

Zu warm fürs AKW

Anders als oft behauptet ist eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken kein Garant, sondern ein Risiko für die Versorgungssicherheit.

Schon einige Wochen hoher Temperaturen in Deutschland reichten aus, um die Leistung der Atommeiler Brunsbüttel, Brokdorf, Unterweser und Krümmel um 25 bis 30 Prozent zu mindern. Grund war das zu warme Flusswasser, das zur Kühlung der Atomkraftwerke verwendet wird. In den Kraftwerken heizt sich das Wasser auf und wird wieder in den Fluss zurückgeleitet. Ist dieser ohnehin schon stark erwärmt, wird die zulässige Wassertemperatur überschritten. Die ausfallende Energieleistung muss dann kurzfristig durch andere Kraftwerke ersetzt werden. Wer da noch bei Atomkraftwerken von Garanten der Versorgungssicherheit spricht, argumentiert auf schwacher Basis. Frankreich ist wegen seiner vielen Atomkraftwerke eigentlich Stromexporteur, musste aber schon wiederholt in heißen Sommern teuren Strom aus den Nachbarländern zukaufen, weil die Atomkraftwerke nicht liefern konnten.

Und die Hitze ist nicht das einzige Problem bei der Versorgungssicherheit. So hat auch Hochwasser die Betreiber schon zu Abschaltungen gezwungen. Noch schlimmer wäre ein Störfall oder gar ein terroristischer Angriff auf ein AKW. Eine Abschaltung einer ganzen Reihe von Atomkraftwerken mit netzweiten Stromausfällen wäre die Folge. (tb)



Foto: Rüdiger Rosenthal

Pannreaktor Krümmel: BUND-Demonstration am Tschernobyltag 2009

RWE & Co.: Profite auf Kosten von Umwelt und Verbrauchern

Der Kanzlerinnenflüsterer

Von Tina Löffelsend und Dirk Jansen

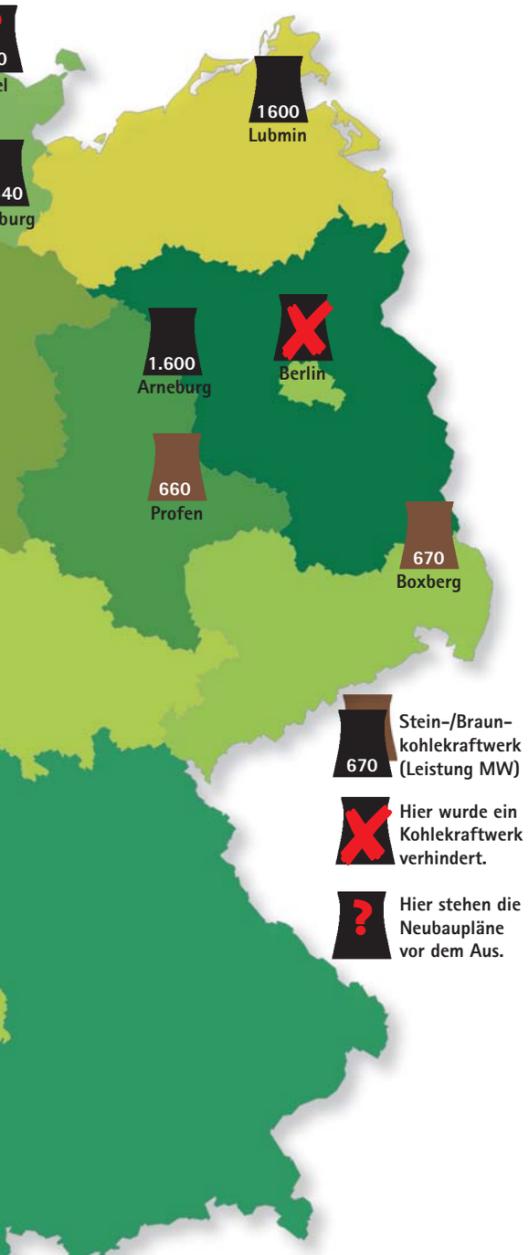
Die vier großen Energiekonzerne machen ihr Geld aller grünen Reklame zum Trotz immer noch zu 80 bis 98 Prozent mit Kohle- und Atomstrom. Und das lohnt sich: Je älter die Anlage, desto höher die Profite. Damit das so bleibt, machen sie knallharte Lobbyarbeit in Berlin und Brüssel.

Egal wie dreckig ihr Kraftwerkspark ist – die Stromkonzerne bekommen noch bis 2012 ihre Verschmutzungsrechte im Emissionshandel größtenteils kostenlos. Den vermeintlichen Preis für die Zertifikate haben sie trotzdem auf die Verbraucherpreise aufgeschlagen und damit mehrere Milliarden zusätzlich verdient. Wer rund 80 Prozent des Markts beherrscht, bestimmt das Angebot: Während die Konzerne ihre Gewinne seit 2002 verdreifachten, stiegen auch die Strompreise um mehr als die Hälfte.

Für die großen Konzerne ist es also am besten, wenn alles bleibt wie bisher. Dafür scheuen sie keinen Einsatz. Besonders dreist treibt es RWE Power, der größte CO₂-Verursacher Europas, dessen Kraftwerke jährlich 105 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen. Zwar hat es RWE-Chef Jürgen Großmann trotz laut Umweltminister Gabriel „penetranter Lobbyarbeit“ nicht verhindern können, dass die Energiekonzerne ab 2013 für alle Verschmutzungsrechte bezahlen müssen. Aber Kanzlerinnenflüsterer Großmann errang zumindest einen Teilerfolg: Der Einsatz von Angela Merkel auf EU-Ebene sorgte dafür, dass der Neubau von Kohlekraftwerken künftig subventioniert werden darf – mit Einnahmen aus dem Emissionshandel. Dank der Lobby von RWE & Co. sollen also Klimagelder künftig auch in Klimakiller fließen können.

Das „Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk e.V.“, kurz und irreführend „IZ Klima“, eine Lobbyorganisation von RWE und befreundeten Konzernen, war zudem federführend am Gesetzentwurf zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) aus dem Wirtschaftsministerium beteiligt. Ergebnis: Für Langfrisrisiken und Folgekosten der neuen Technologie soll der Steuerzahler haften. RWE macht außerdem keinen Hehl daraus, den Atomausstieg torpedieren zu wollen. Mit Tricks (extralange Stilllegungen) hat der Konzern das Abschalten seiner störanfälligen Altmeiler Biblis A und B bisher verhindert – und gibt offen zu, dass man auf Laufzeitverlängerungen durch eine neue Bundesregierung setzt. Denn das wäre lukrativ: jedes Jahr 300 Millionen Euro Zusatzgewinn pro Altmeiler. Risiko hin oder her.

Kraftwerke



Widerstand von Initiativen gegen diese Pläne

„Wer auf die Kernkraft setzt, übersieht deren Risiken und ignoriert die Abhängigkeit dieser Technologie vom Uran.“

Gregor Gysi, Spitzenkandidat der Linken

Oskar Lafontaine, Bundeschef der Linken und deren Spitzenkandidat, hat sich mehrfach für den Kohlebergbau in Deutschland eingesetzt. Andere Linke-Vertreter haben sich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken ausgesprochen.

DIE LINKE.

Neue Kohlekraftwerke

Blockade im Treibhaus

An dreißig Standorten im Land werden neue Kohlekraftwerke geplant oder bereits gebaut. An vielen Orten ist der BUND gegen die Neubauprojekte aktiv, protestiert und klagt zusammen mit örtlichen Initiativen vor Gerichten, um die neuen Kraftwerke zu verhindern – sieben Mal schon mit Erfolg. Zuletzt in Berlin, wo Vattenfall nun saubere Alternativen zum Kohlekraftwerk errichten will. Was aber steckt hinter dem Widerstand?

Der Energiesektor ist heute für rund vierzig Prozent der deutschen Treibhausgase verantwortlich. Wenn jetzt vor allem neue Kohlekraftwerke gebaut werden, legen sie einen hohen Sockel klimaschädlicher Emissionen für Jahrzehnte fest. Sogar nach den Studien der Bundesregierung dürfen keine weiteren Kohlekraftwerke entstehen, wenn die deutschen Klimaziele (40 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020, mindestens minus 80 Prozent bis 2050) erreicht werden sollen. Würden die dreißig geplanten Neubauprojekte realisiert, stiege der Ausstoß von Kohlendioxid um 188 Millionen Tonnen. Im Gegenzug planen die Konzerne, nur einen Bruchteil der alten, ineffizienten Kraftwerke stillzulegen. Es droht daher ein massiver CO₂-Anstieg im Energiesektor.

Jedes neue Kohlekraftwerk, das durchschnittlich vierzig bis fünfzig Jahre am Netz bleibt, blockiert die Energiewende in Deutschland. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien steht mittelfristig in

„Hohe Versorgungssicherheit und die Einhaltung der CO₂-Minderungsziele in Deutschland sind ohne den Einsatz der Kernenergie undenkbar.“

FDP-Chef Guido Westerwelle auf einem energiepolitischen Kongress seiner Partei.

Die FDP will an der Kohleverstromung festhalten und lehnt den Atomausstieg ab.

FDP
Die Liberalen

Die Stromriesen

Die großen Stromkonzerne machen Milliardengewinne auf Kosten von Umwelt und Verbrauchern.

RWE ist Europas größter Klimakiller und betreibt u. a. das gefährliche Atomkraftwerk in Biblis. RWE hat im letzten Jahr zusammen mit Eon bei der Deutschen Energieagentur (dena) ein „Gutachten“ zur angeblich drohenden Stromlücke bestellt. RWE bot dena-Chef Stephan Kohler inzwischen einen attraktiven Posten an. Gewinn 2008: 3,4 Milliarden Euro.

RWE

Eon redet in der Werbung zwar viel von erneuerbaren Energien, aber die großen Investitionen gehen nach wie vor in die Technik von gestern. In Großbritannien möchte Eon in neue AKW investieren. Dabei stört aber der erfolgreiche Ausbau der Erneuerbaren. Deshalb fordert Eon von der britischen Regierung, die Ausbauziele für erneuerbare Energien deutlich zu reduzieren. Gewinn 2008: 9,9 Milliarden Euro.

e-on

Vattenfall klagt vor dem Schiedsgericht der Weltbank gegen Deutschland, um zu harte Auflagen für sein Klimakillerkraftwerk in Hamburg-Moorburg zu verhindern. Gleichzeitig ist Vattenfall-Chef Lars Göransson nach wie vor Klimaschutzberater der Bundesregierung. Gewinn 2008: 2,8 Milliarden Euro, davon knapp die Hälfte in Deutschland.

VATTENFALL

Hauptaktionär der EnBW ist die französische EDF, der größte Atomstromkonzern der Welt. Die EnBW hat den höchsten Atomstromanteil in Deutschland. In Düsseldorf, Karlsruhe und Dörpen plant der Konzern den Bau neuer Kohlekraftwerke. Gewinn 2008: 1,23 Milliarden Euro.

EnBW

Über sieben Brücken...

Alle lieben plötzlich die Erneuerbaren. Aber bitte, sagen sie, realistisch bleiben, wir brauchen Brückentechnologien. Das ist laut CDU/FDP die Atomkraft. Toll: Sie erst mache mit ihrer Klimafreundlichkeit kurzfristigen Klimaschutz möglich. Abschalten sei Kohle-Harakiri und das könne ein aufrechter Klimaschützer doch nicht wollen. Stimmt nicht, sagt Minister Gabriel, die echte Brückentechnologie sei die Kohle. Sonst müssten wir die Atommeiler länger laufen lassen. Also schön realistisch bleiben: Wer gegen Kohle ist, ist eigentlich für Atom. Noch toller: Wir schneiden das CO₂ raus und verbuddeln es. Kohle ist also Hoffnung. Sind wir also dumm, unrealistisch und politische Hasardeure, wenn wir gegen Kohle-Neubau und Atom-Laufzeitverlängerung sind? Merkwürdigerweise sind diejenigen, die erneuerbaren Strom in den letzten Jahren völlig unterschätzt haben, die Ersten, die an das Wunder der CO₂-freien Kohle glauben. Ob es machbar ist, bleibt offen. Was allerdings sicher ist: Es funktioniert als politische Strategie für Konzerne, die heute Kohlekraftwerke bauen wollen und gegen Dezentralität sind. Und es funktioniert als neue Einnahmequelle: Jetzt schon ist klar, dass von der EU und aus dem Emissionshandel Gelder fließen werden, damit die Konzerne diese Technik nicht auf eigene Kosten entwickeln müssen. Klingt nach Abwrackprämie. Schlimmer: Das wird für jede folgende Regierung ein Problem angesichts der Klimaschutzziele. Es nimmt politischen Druck statt ihn zu erhöhen. Nur wegfallende Kohle- und Atomkapazitäten beschleunigen anspruchsvolle Einsparprogramme, dezentrale Erzeugung, Investitionen in intelligente Netze und nachfrageorientierte Stromproduktion. Man kann lange streiten über verschiedene Machbarkeitszenarien. Energieversorgung ist aber kein Nullsummenspiel verschiedener Szenarien. Wer beispielsweise glaubt, dass Atomgewinne einfach so in Erneuerbare fließen, ist ein Phantast. Wie wir Realisten wissen: In erster Linie bestimmte bisher die ökonomische und politische Macht einiger Unternehmen die deutsche Energiestrategie. Warum soll das in Zukunft anders sein? Brücke heißt deshalb Krücke für Eon, Vattenfall, EnBW und RWE – von einer Marktbeherrschung zur nächsten. Martin Unfried, Kolumnist und Umweltexperte



(tl)



Energiewende 2020

Es funktioniert!

Von Dr. Werner Neumann

■ Wir müssen schnell aus der Atomkraft aussteigen, schon aus Sicherheitsgründen. Der Atomstrom kann problemlos von den erneuerbaren Energien ersetzt werden. Die geplanten Kohlekraftwerke machen mittelfristig Klimaschutz in Deutschland unmöglich und führen kurzfristig zu einem Anstieg der Klimagase. Eine Stromversorgung der Zukunft dagegen setzt auf den Ausbau der klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung, flexible Gaskraftwerke und auf die erneuerbaren Energien, die langfristig komplett unsere Stromversorgung übernehmen können und müssen. Zentrale Voraussetzung ist, dass wir den Stromverbrauch deutlich reduzieren.

Foto: paul-langrock.de

BUND aktiv gegen AKW und neue Kohlekraftwerke

Die großen Stromkonzerne wollen neue Kohlekraftwerke bauen und setzen auf längere Laufzeiten für ihre gefährlichen Atomkraftwerke. Der BUND ist an vielen Orten aktiv gegen diese Pläne. Immer mehr Menschen setzen sich vor Ort mit dem BUND für eine zukunftsfähige und sichere Energieversorgung ein. Und: Es gibt die ersten Erfolge!

Berlin: Atomforum umzingelt

Im Februar umzingelten 2.000 Menschen erfolgreich das Atomforum in Berlin. Der BUND und viele andere Organisationen hatten dazu aufgerufen. Diese Aktion war der erfolgreiche Auftakt für die Anti-Atom-Proteste im Jahr 2009. Im März bildeten 20.000 Menschen eine eindrucksvolle Lichterkette gegen das marode Versuchsendlager in der Asse. Starke Demonstrationen und Aktionen fanden im April bei den AKW Krümmel und Neckarwestheim statt.

Düsseldorf: Steinkohlekraftwerk vor dem Aus

Dank einer Kampagne von BUND und Düsseldorfener Aktionsbündnis ASTR(H)EIN hat sich der Stadtrat einstimmig gegen den geplanten Bau eines 400-MW-Steinkohlekraftwerks in der Landeshauptstadt ausgesprochen. Trotz der vom BUND überreichten mehr als 2.500 Protestschreiben will EnBW den Genehmigungsantrag noch nicht zurückziehen. Der BUND bleibt am Ball.



Lünen: Bedeutsamer Etappensieg

Einen ersten großen Erfolg erzielte der BUND mit seiner Klage gegen das 750-MW-Trianel-Kraftwerk in Lünen. Das Oberverwaltungsgericht bezeichnete die Genehmigung als rechtswidrig. Sie wurde nur deshalb nicht aufgehoben, weil rechtlich ungeklärt ist, inwieweit Naturschutzargumente gegen Kraftwerksvorhaben zulässig sind. Das muss jetzt der Europäische Gerichtshof klären. Die Entscheidung hat bundesweite Bedeutung.

Berlin: Weiteres Kohlekraftwerk verhindert

Nach massivem Widerstand des BUND und weiterer Verbände hat Vattenfall seine Neubaupläne für ein Kohlekraftwerk in Berlin-Lichtenberg gestoppt. Stattdessen soll jetzt ein Gaskraftwerk mit deutlich geringerem CO₂-Ausstoß gebaut werden. Der verhinderte Steinkohle-Block hätte jährlich bis zu 4,5 Millionen Tonnen CO₂ und enorme Mengen an gesundheitsschädlichen Schad- und Giftstoffen in die Berliner Luft geblasen.



Erfolge in Germersheim, Herne und Hamburg

Der BUND ist an vielen Standorten von geplanten Kohlekraftwerken aktiv – und erfolgreich. Mit Protesten, Klagen und Einwendungen. Im Jahr 2008 konnte der BUND bereits zwei Kohlekraftwerksplanungen von seiner Liste streichen. Die EnBW musste nach starken Protesten vor Ort und einer Mehrheit im Gemeinderat gegen das Projekt ihren Plan, in Germersheim ein 800-MW-Steinkohlekraftwerk zu bauen, beerdigen. Auch die Planungen von Evonik in Herne wurden aufgegeben. In Hamburg wurde das Vattenfall-Kraftwerk zwar genehmigt, allerdings – wegen der großen Proteste – mit hohen Auflagen.

Wer was wo gegen den Bau von Kohlekraftwerken unternimmt, erfahren Sie unter: www.bund.net/klima

Impressum

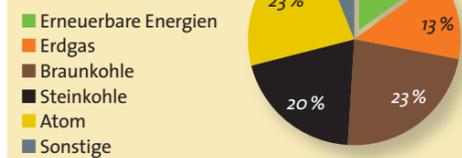
Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Fon (030) 275 86-40, Fax (030) 275 86-440, info@bund.net, www.bund.net/klima
BUND-Spendenkonto:
 Kontonr. 232, Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98
 Redaktion: Thorben Becker, Dr. Norbert Franck (V.i.S.d.P.), Sönke Guttenberg, Tina Löffelsend, Katrin Riegger, Rüdiger Rosenthal
 Produktion: Claudia Gunkel, Natur & Umwelt GmbH, Berlin im Juni 2009
 Der BUND ist Gründungsmitglied der Klima-Allianz. www.die-klima-allianz.de

Kein „Doppelausstieg“

Auch nach unseren Vorstellungen wird es in den nächsten Jahren – leider – noch Kohlekraftwerke geben müssen. Sie müssen aber möglichst schnell vom Netz genommen werden.

Denn wir müssen die CO₂-Emissionen in Deutschland in den nächsten Jahren drastisch senken, wenn wir zumindest das Schlimmste der drohenden Klimakatastrophe verhindern wollen. Das bedeutet: Bis zum Jahr 2020 müssen wir die CO₂-

Strom-Mix 2009 in Deutschland



Emissionen Deutschlands um mindestens 40 Prozent reduzieren. Dafür müssen wir unsere Energieversorgung radikal umstellen.

Atomkraft ist verzichtbar

Der Atomausstieg und die deutschen Klimaschutzziele passen zusammen. Das haben auch Studien im Auftrag der Bundesregierung ergeben, die im Vorfeld des letzten Energiegipfels erstellt wurden. Die deutschen Atomkraftwerke könnten problemlos durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Im Jahr 2007, als mehrere Atomkraftwerke über Monate nicht am Netz waren, hat Deutschland in der Gesamtbilanz noch immer große Strommengen exportiert. Im Jahr 2008 hatten die Atomkraftwerke noch einen Anteil von 22 Prozent an der Stromversorgung. Im Jahr 2020 werden die erneuerbaren Energien bereits einen Anteil von deutlich über 30 Prozent haben. Die Branche der erneuerbaren Energien prognostiziert sogar einen Anteil von 47 Prozent.

Versorgung ohne Kohle und Atom

Notwendig sind kleine, flexible Kraftwerke, die auf die Versorgungsschwankungen der erneuerbaren

MAL RICHTIG ABSCHALTEN!



Energien reagieren können. Das können zunächst vor allem Gas-Kraftwerke sein. Kohle- und Atomkraftwerke dagegen sind diesen Anforderungen nicht gewachsen, weil sie darauf ausgelegt sind, rund um die Uhr die gleiche Menge Strom zu produzieren. Ziel muss aber sein, dass die verschiedenen erneuerbaren Energien sich gegenseitig „regeln“ und eine kontinuierliche Stromversorgung ermöglichen.

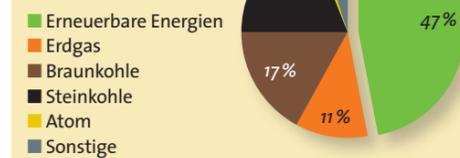
Effizienz ist die Voraussetzung

Zahlreiche Studien zeigen, dass der Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 halbiert werden kann. Allein mit einem vom BUND präsentierten Maßnahmenbündel zur Senkung des Stromverbrauchs könnten 47 Millionen Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden. Wir brauchen strengere Energievorschriften für Neu- und Altbauten, eine verständliche Stromverbrauchskennzeichnung für alle Elektrogeräte, ein Verbot von Standby-Schaltungen, ein Top-Runner-Programm, das regelmäßig den Verbrauch der sparsamsten Geräte zur neuen gesetzlichen Norm macht, und einen Effizienzfonds zur Förderung und Marktintegration von Strom sparenden Geräten.

Erneuerbare weiter ausbauen

Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) produzieren Wind, Wasser, Sonne und Biomasse heute schon 15 Prozent des Stroms in Deutschland. In den letzten Jahren erlebte die Branche einen Boom. Alleine die Kapazitäten der Windräder sind jedes Jahr um 20 Prozent gestiegen. Im Jahr 2023 wird deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden als durch das Abschalten der Atomkraftwerke wegfällt.

Strom-Mix 2020 in Deutschland (Branchenprognose)



Kraft-Wärme-Kopplung fördern

Die höchsten Effizienzgewinne bei der Strom- und Wärmeerzeugung lassen sich durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzielen. In diesen Kraftwerken wird gleichzeitig Strom und Wärme für Gebäudeheizungen oder Industrieprozesse gewonnen. Dieser Ausbau lässt sich relativ schnell durchführen: So wurde in den Niederlanden die KWK-Kapazität von 1987 bis 1997 verdreifacht.

Gaskraftwerke als Übergangslösung

Da viele Kohlekraftwerke über vierzig Jahre alt sind und schnellstens stillgelegt werden müssen, bleibt noch eine kleine Lücke, die erst in zehn bis zwanzig Jahren von den erneuerbaren Energien und der KWK gefüllt werden kann. Für diese Übergangszeit sind auch Gaskraftwerke akzeptabel. Gaskraftwerke verursachen je Kilowattstunde Strom rund 350 Gramm CO₂ – das ist weniger als die Hälfte der Emissionen von Steinkohlekraftwerken. Wichtig ist: Unter dem Strich werden wir nicht mehr Erdgas benötigen als heute. Denn der Erdgasbedarf für die Gebäudeheizung verringert sich deutlich, wenn die Häuser besser gedämmt werden.

Aktiv werden fürs Klima

Diese Wahl-Ausgabe macht es besonders deutlich: Der BUND ist ein unabhängiger Umweltverband. Damit wir auch in Zukunft der Politik als grünes Gewissen kritisch auf die Finger schauen können, brauchen wir Ihre Unterstützung.

■ Sie möchten gezielt die Klimaarbeit des BUND mit einer **Spende** von 10, 20 oder 50 Euro fördern?

■ Sie fanden diesen Klimaexpress interessant und möchten **kostenlos weitere Exemplare bestellen**, um sie selbst zu verbreiten?

■ Sie wollen über die klima- und energiepolitischen Aktivitäten des BUND auf dem Laufenden bleiben und den **BUND-Klima-Newsletter** abonnieren?

Das freut uns. Besuchen Sie uns im Internet, dort können Sie all das und mehr tun. www.bund.net/klima

BUND-KandidatInnencheck

■ Wie halten es die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl bei Ihnen vor Ort im Wahlkreis mit dem Klimaschutz und der Zukunft der Energieversorgung? Wie stehen sie zum Atomausstieg und zum Neubau von Kohlekraftwerken? Wie ist ihre Position zu aktuellen regionalen Umweltfragen im Wahlkreis?

Der BUND macht mit den deutschlandweit 1495 Bewerberinnen und Bewerbern um ein Direktmandat von Union, SPD, FDP, Grünen und Linke einen Öko-Wahltest. Informieren Sie sich online im BUND-KandidatInnencheck, wer Ihre Erststimme verdient. Dort können Sie außerdem direkt und einfach die Politikerinnen und Politiker kontaktieren, um sie noch genauer unter die Lupe zu nehmen.

Sie können den interaktiven BUND-KandidatInnencheck außerdem mühelos in Ihre eigene Internetseite einbinden und sie dadurch um attraktiven Inhalt bereichern. www.bund.net/wahlen

